

Die sieben geläufigsten Propaganda-Märchen

Israel ist böse, Palästinenser sind Opfer: Seit Jahren nimmt das Gros der westlichen Medien diese Perspektive ein

Von David Harnasch

Jerusalem. Im vergangenen November ging das erschütternde Foto des Palästinensers Jihad Misharawi aus dem Gazastreifen um die Welt, der die Leiche seines elf Monate jungen Sohnes Omar auf seinen Armen trägt. Zusammen mit dem Bild wurde die Nachricht millionenfach verbreitet, dass ein israelisches Geschoss den kleinen Jungen sowie dessen Tante und Onkel getötet hätte. Vor wenigen Tagen nun wurde ein Bericht des UNO-Hochkommissariats für Menschenrechte veröffentlicht, der nahelegt, dass nicht eine israelische, sondern eine palästinensische Rakete den Jungen und einen Teil der Familie Misharawi ausgelöscht hatte.

Eine Rakete, abgefeuert aus Gaza mit Ziel Israel, die aber noch vor der Grenze niederging und nicht Juden, sondern muslimische Zivilisten tötete. Richtigstellungen waren in den arabischen Medien wie gewohnt keine und in den westlichen, wenn überhaupt, meist gut versteckt zu finden.

Die distanzlose Übernahme palästinensischer Realitätsversionen durch den westlichen Mainstream-Journalismus und dessen Gleichschritt mit den arabischen Medien, was den Nahost-Konflikt betrifft, haben mittlerweile eine längere und beschämende Tradition. Israel ist böse, die Palästinenser sind die Opfer: Dieses Deutungsmuster liegt einem Grossteil der Berichterstattung zugrunde. Kritiklos und freiwillig werden die Erzählungen der palästinensischen Propagandaabteilungen transportiert und unermüdlich wiederholt, bis sie als selbstverständliche Wahrheit gelten.

Werfen wir einen Blick auf die – notwendigerweise unvollständige – Liste der Top sieben der Propaganda-Märchen im Nahost-Konflikt, von grotesk bis perfide.

1 «Israel tötet unterschiedslos Kämpfer, Frauen und Kinder.»

Der Fall Omar Misharawi erinnert an den kleinen Mohammed al-Dura. Dessen im Jahr 2000 entstandenes Video war das wirkmächtigste «Bilddokument» der zweiten Intifada. Seine mutmassliche Erschiessung in den Armen seines unbewaffneten Vaters wurde zur Ikone des wehrlosen, von den Israelis misshandelten palästinensischen Volkes. Erst 2008 bestätigte ein französisches Gericht endgültig, dass Klein Mohammed kein Opfer israelischer Kugeln geworden sein konnte. Yassir Arafat wusste, wovon er 2002 sprach: «Das palästinensische Kind, das einen Stein hält und sich einem Panzer entgegenstellt – ist das nicht die grösste Botschaft an die Welt, wenn dieser Held zum Märtyrer wird?»

2 «Die Massaker in den Flüchtlingslagern Sabra und Shatila im Libanonkrieg 1982 beweisen, dass Israel und besonders der damalige Verteidigungsminister Ariel Sharon vor Kriegsverbrechen nicht zurückschrecken!»

Die Massaker wurden von den libanesischen christlichen Phalangisten verübt, die im Bürgerkrieg Kontrahenten der im Lager ansässigen PLO waren. Israel gestattete den Phalangisten, in den Lagern nach Kämpfern, Bunkern und Waffen zu suchen. Als die Israelis Kenntnis davon erhielten, dass die Phalange darüber hinaus Rache für ihren zuvor getöteten Anführer Bashir übte, orderten sie den Abzug der Verbände-



Eine Ikone, die auf Lügen fusst. Ein Wandbild in Bamako, Mali, zeigt den vermeintlichen palästinensischen Märtyrer Mohammed al-Dura und seinen Vater. Foto AFP

an. Israel selbst setzte die Kahan-Kommission ein, die befand, der Verteidigungsminister und der Oberkommandierende hätten das Massaker vorhersehen müssen. Während Hunderttausende Israelis empört gegen die eigene Armee demonstrierten und sich die westlichen Medien der Empörung anschlossen, interessierte sich in der arabischen Welt praktisch niemand für das Gemetzel. Das zweite Massaker 1985 durch die schiitischen Amal-Milizen an den Flüchtlingen der Lager Shatila und Burj-el Barajneh fand trotz noch mehr Todesopfern bei den westlichen Journalisten wiederum kaum Beachtung und blieb hierzulande weitestgehend unbekannt. Kein Wunder: Es waren keine Israelis in der Nähe.

3 «Die Juden haben ihre eigenen Fundamentalisten. Sie heissen nur anders: Ultraorthodoxe oder Charedim. Das ist keine kleine, zu vernachlässigende Splittergruppe. Zehn Prozent der sieben Millionen Israelis zählen dazu. (...) Diese Leute sind aus dem gleichen Holz geschnitten wie ihre islamistischen Gegner. Sie folgen dem Gesetz der Rache.»

So brüht Jakob Augstein den kalten Kaffee vom rachsüchtigen Juden auf. Die angeblich blutrünstigen Charedim sind in Wahrheit in Israel unter anderem deswegen nicht sonderlich populär, weil sie vom Wehrdienst zugunsten des Thorastudiums befreit sind. Und das oft zitierte biblische Gebot «Auge für Auge» bedeutet rechtshistorisch eine innovative Mässigung gegenüber zuvor üblicher archaischer Blutrachefehden.

4 «Gaza ist ein Getto, in dem Palästinenser unter israelischer Besatzung leiden.»

Seit dem 15. August 2005 war genau ein israelischer Soldat längere Zeit in Gaza: der entführte Gilad Shalit. Das angebliche Getto verfügt über ein Luxushotel und volle Märkte. Das Bildungsniveau und die Lebenserwartung in Gaza sind höher, die Säuglingssterblichkeit niedriger als im angrenzenden Ägypten, das seinerseits gerade Schmuggeltunnel zum Gazastreifen mit Abwasser geflutet hat. Hunderte Lastwagen mit Lebensmitteln, Medikamenten und Baumaterialien kommen wöchentlich über die israelischen Grenzübergänge, auch die Stromversorgung erfolgt von Israel aus. Die regierende Hamas setzt auf eine Islamisierung des öffentlichen Lebens und provoziert mittels Raketenterror regelmässig israelische Gegenschläge – und hält sich damit genau an das Programm, mit dem sie 2006 die letzten freien Wahlen gewonnen hatte.

5 «Araber sind in Israel Bürger zweiter Klasse.»

Tatsächlich sind arabische Israelis (20 Prozent der Bevölkerung) von der Wehrpflicht freigestellt. Da dies ihre Jobchancen verschlechtert, melden sich jedoch immer mehr junge Araber zum freiwilligen Militär- beziehungsweise Zivildienst. Arabische Ortschaften geniessen nicht die höchste Priorität bei Infrastrukturausgaben. Doch arabische Israelis geniessen alle Bürgerrechte, sind mit eigenen Parteien in der Knesset vertreten und in allen Berufszweigen erfolgreich. Der Richter, der den ehe-

maligen Präsidenten Moshe Katzav verurteilte, ist zum Beispiel ein Christ aus Jaffa. Vor die Wahl gestellt, in Israel «Bürger zweiter Klasse» zu bleiben oder unter palästinensischer Verwaltung zu leben, entscheidet sich die überwältigende Mehrheit der Araber für Israel.

6 «Die israelischen Siedlungen im palästinensischen Westjordanland sind eindeutig völkerrechtswidrig und ein Friedenshindernis.»

Hierüber lässt sich streiten. Die israelische Besatzung des Westjordanlands per se ist jedenfalls nicht weniger legal als die vorangegangene 19-jährige Besatzung durch Jordanien, die international nicht anerkannt wurde. Dass der Zeitraum zwischen dem Pogrom von 1929 und 1967, in dem zum Beispiel Hebron erst- und einmalig seit über 3000 Jahren «judenrein» war, den geschichtlichen Normalfall konstituieren soll, erscheint wenigstens erklärungsbedürftig. Ein wichtiges Argument gegen die Legalität der israelischen Siedlungen wird ausgerechnet aus dem Artikel 49 der 4. Genfer Konvention hergeleitet. Er lautet: «Zwangswise Einzel- oder Massenumsiedlungen sowie Deportationen von geschützten Personen aus besetztem Gebiet nach dem Gebiet der Besatzungsmacht oder dem irgendeines anderen besetzten oder unbesetzten Staates sind ohne Rücksicht auf ihren Beweggrund verboten.»

Warum ein solches Verbot 1949 in frischer Erinnerung an deutsche KZ erlassen wurde, ist offensichtlich. Der weit überwiegende Teil der israelischen Siedlungsaktivität besteht jedoch darin, auf unbewohntem Gelände Siedlungen

zu bauen, in die Israels gänzlich freiwillig ziehen. Es stellt sich weiterhin die Frage, weshalb ein zu gründender Staat «Palästina» per se judenrein zu sein hat, statt wie jeder zivilisierte Staat seinen Minderheiten, ob christlich, homosexuell oder jüdisch, Schutz zu gewähren. Dass Israel in der Hoffnung auf Frieden Siedlungen zu räumen bereit ist, hat Sharon 2005 ohne Vorbedingungen im Gazastreifen bewiesen. Dass diese Hoffnung nicht erfüllt wurde, beweisen die Raketen, die seitdem von dort abgeschossen werden.

7 «Der israelische Völkermord an den Palästinensern ist der Kern aller Auseinandersetzungen im Nahen Osten.»

Würde das militärisch masslos überlegene Israel tatsächlich einen Genozid an den Palästinensern verüben wollen, wäre das innerhalb von wenigen Stunden problemlos möglich. Tatsächlich wurden aus ursprünglich unter einer Million palästinensischer Flüchtlinge über sechs Millionen, was auch daran liegt, dass Palästinenser die einzige Gruppe in der Geschichte der Menschheit sind, die ihren Flüchtlingsstatus vererben können. (Sie sind auch die einzigen, um die sich eine eigene UNO-Agentur kümmert.)

In den 72 Konflikten seit 1948 mit mehr als 10000 Toten rangiert der israelisch-arabische mit der Opferzahl von rund 14000 auf Platz 71. Alleine in Syrien starben in den letzten zwei Jahren mehr Menschen. Zyniker und andere Realisten könnten behaupten, der Mangel an internationalem Interesse hätte mit dem Mangel an beteiligten Israelis zu tun.

Die USA wollen den Friedensprozess wieder in Gang setzen

Präsident Obama hat seinen Besuch im Nahen Osten beendet, nun liegt es an Aussenminister John Kerry, nach neuen Ideen zu suchen

Von Pierre Heumann, Jerusalem

Nach der Abreise von US-Präsident Barack Obama aus dem Nahen Osten beginnt für Aussenminister John Kerry die Arbeit. Er soll Bedingungen für einen Neustart der israelisch-palästinensischen Friedensverhandlungen ausloten, die zum Frieden führen. Nach welchen Regeln das geschehen soll, sagte Obama nicht. Er hatte keinen Plan in der Tasche, als er von Frieden sprach. Er reise in die Region, um «zuzuhören», hatte er vor seinem Abflug nach Tel Aviv gesagt.

Die Voraussetzungen für ein Gelingen sind denkbar schlecht. Die Palästinenser sind frustriert. Sie hatten unter anderem gehofft, Obama würde Israel als Vorleistung für die Gesprächsbereitschaft zu einem Siedlungsstopp drängen. Doch Obama erteilte dieser Forderung eine Absage. Verhandlungen würden keinen Sinn machen, wenn alle Probleme bereits vor den Verhandlungen gelöst würden, sagte Obama an einer Pressekonferenz in Ramallah.

Damit hat Obama seine Meinung geändert. In seiner ersten Amtszeit hat-

te er Regierungschef Benjamin Netanyahu zu einem befristeten Siedlungsstopp gedrängt. Netanyahu fror während zehn Monaten die Bautätigkeit in den Siedlungen ein, was eine vorübergehende Aufnahme der Gespräche ermöglichte. Als er einer Verlängerung des Moratoriums aber nicht zustimmte, wurden die Gespräche abgebrochen.

Leistung und Gegenleistung

Kerry sucht jetzt nach neuen Ideen, um die Palästinenser an den Verhandlungstisch zu lotsen. So könnte Israel in

einem ersten Schritt Teile der Westbank, die derzeit nur teilweise unter palästinensischer Kontrolle stand, vollständig den Palästinensern übergeben, berichtet der israelische Fernsehsender Channel 10. Als Gegenleistung würden die Palästinenser darauf verzichten, gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof wegen angeblicher Verbrechen bei der Kontrolle der Westbank zu klagen.

Um den israelisch-palästinensischen Dialog in Gang zu setzen, wird sich Kerry auch um die innerpalästinensischen Kämpfe kümmern müssen. Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas vertritt

zur Hälfte der Bevölkerung. Seine Kontrolle bezieht sich ausschliesslich auf die Westbank. Im Gazastreifen herrscht die radikal-islamische Hamas, die sich weigert, Israel anzuerkennen und ganz Palästina für sich beansprucht.

Ein direktes Gespräch mit der Hamas, die von den USA als Terrororganisation eingestuft wird, ist derzeit unmöglich. Als Vermittler bietet sich Ägypten an. Ein Deal mit Abbas würde aber nur von einem Teil der Palästinenser anerkannt und respektiert.